

größter Ergebenheit erfüllt. Die zionistische Exekutive trägt allein die Verantwortung. Bereits im September 1929, in der Sitzung des Aktionskomitees, warnten die Revisionisten, daß die gegenwärtige zionistische Exekutive den durch die herrschende Krise ins Leben gerufenen Aufgaben nicht gewachsen ist. Die Art und Weise, in welcher die jüdischen Interessen vor der Untersuchungskommission vertreten wurden, beweist deutlich, wie sehr unsere Warnung begründet gewesen ist.

Das Exekutivkomitee der Zionisten-Revisionisten hat Schritte unternommen, um die Landesorganisation von leitenden Revisionisten, zwecks Herstellung eines Kontakts mit den Gesinnungsgenossen an Ort und Stelle, sowie zwecks Erweiterung der Propaganda, besuchen zu lassen. Demnächst wird Dr. v. Weisl Transylvanien und die Tschechoslowakei besuchen; Dr. Soskin Deutschland und Dr. Rabinovicz Galizien. In Polen und Rumänien unternehmen spezielle Bevollmächtigte der Landesorganisationen längere Vortragsreisen.

An der allpolnischen Revisionistenkonferenz beteiligten sich 198 Delegierte aus über 100 Städten, welche auch zu einer Reorganisation der Arbeit in Polen führte. Das neue Zentralkomitee besteht aus den Herren Dr. Kahan, Kuzenok, Leiserowicz, Dr. Feldschuh, Dr. Lipmann, Dr. Dralicz und Konsul Scheskin u. a. Eine straff organisierte, lebhaftige Tätigkeit in allen Landesteilen wird in Aussicht gestellt.

Im Anschluß an einen Vortrag, den Dr. Soskin in Bern hielt, wurde dort eine revisionistische Ortsgruppe gebildet. Ortsgruppen bestehen auch in Basel und Zürich.

Eine Massenversammlung in Neuyork, von den Revisionisten einberufen, nahm eine Resolution an, in welcher die Haltung der Vertreter der zionistischen Exekutive in Jerusalem im Zusammenhange mit der Untersuchungskommission streng verurteilt wird.

Neuerlich fand in Saloniki eine Massenversammlung statt, die der Lage in Palästina gewidmet war. Eine entschiedene Protestresolution gegen die „unqualifizierbare Schwäche der palästinensischen Autoritäten den arabischen Elementen gegenüber, welche Morde und Verbrechen an Juden begünstigt“, wurde dem englischen Generalkonsul überreicht. Weitere Protestresolutionen betreffen die verbrecherische Propaganda der Brith Schalom und verlangen deren Desavouierung durch die zionistische Exekutive.

84 Studenten in Prag haben sich zu einem Verbandsrevisionistischer Akademiker zusammengeschlossen.

Die Propagandatournee von Dr. Schechtmann in Holland führte zur Gründung von revisionistischen Organisationen in Amsterdam, Rotterdam und im Haag. In Utrecht erklärte Prof. Dr. Ornstein, sich an die Spitze der revisionistischen Bewegung stellen zu wollen. In allen zionistischen Kreisen des Landes hat das revisionistische Aktionsprogramm einen lebhaften und sympathischen Widerhall gefunden.

**Domäne**  
Die milde Zigarette

## Deutschland und die Affäre Dreyfus

Die Akten des deutschen Auswärtigen Amtes erweisen die vollkommene Unschuld Alfred Dreyfus und die zweifelsfreie Schuld Estherhazys

Berlin. (JTA.) Rechtsanwalt Dr. Bruno Weil, Stellvertretender Vorsitzender des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, hielt am Mittwoch, dem 5. Februar, abends, in der Singakademie vor einer Zuhörerschaft, die sich zu einem großen Teil aus Juristen zusammensetzte, einen Vortrag über die „Affäre Dreyfus“, der im Aufbau außerordentlich spannend und in der Wirkung sensationell war. Der Vortragende gab Kenntnis von den deutschen Akten zum Fall Dreyfus, von denen der größte Teil bis jetzt einer weiteren Öffentlichkeit vollkommen unbekannt war. Die Akten betreffen Berichte des damaligen deutschen Botschafters in Paris, Grafen Münster, des deutschen Militär-Attachés Oberst Schwarzkoppen, der nach der Version der Anti-Dreyfus-Partei die Mitteilungen vom „Verräter Dreyfus“ über französische Militärgeheimnisse und das mysteriöse Bordereau in Empfang genommen haben soll. Randbemerkungen des früheren Kaisers Wilhelm II. zu den Berichten, schriftliche Äußerungen des damaligen Reichskanzlers Fürsten Bülow, die Niederschrift einer fast tragisch verlaufenen Unterredung zwischen Münster und Schwarzkoppen u. v. a. Aus allen diesen Berichten, Aufzeichnungen und Randbemerkungen geht klar und zweifelsfrei hervor, daß der von der französischen Militärpartei wegen Verrats militärischer Geheimnisse an Deutschland verfolgt gewesene und von zwei Militärgerichten verurteilte jüdische Kapitän Alfred Dreyfus niemals irgendwelche mittelbare oder unmittelbare Beziehungen zu deutschen zivilen und militärischen Stellen unterhalten hat, ebenso zweifelsfrei geht aus den deutschen Akten hervor, daß der französische Major Esterhazy, der damals von der französischen Militärpartei gedeckt und gegen die Anklagen eines Zola, Clemenceau u. a. m. beschützt wurde, dem Obersten Schwarzkoppen französische militärische Akten auslieferte und an ihn jenes mysteriöse „bordereau“ schrieb, das später in die Hände des französischen Generalstabs ge-

spielt wurde und dessen Autorschaft durch ein falsches Urteil von Schriftverständigen Dreyfus zugeschrieben wurde.

Das spannendste Moment in dem Vortrag Dr. Weils war die Schilderung der folgenden Episode. Bevor der zweite Dreyfus-Prozeß vor dem Militärgericht in Rennes stattfinden sollte, wandten sich der damalige französische Ministerpräsident, der französische Außenminister und der französische Kriegsminister isoliert und geheim, ohne daß einer von der Tat des anderen wußte, teils an Kaiser Wilhelm, teils an den Reichskanzler Fürsten Bülow mit der Bitte, wenn Dreyfus unschuldig ist, das mitzuteilen, was ihn entlasten kann. Der Appell der französischen Regierung ist daraus zu erklären, daß sich Frankreich damals infolge der Dreyfus-Affäre fast an der Schwelle eines Bürgerkrieges befand, der durch die Klärung des Falles vermieden werden sollte. Aus den deutschen Akten nun geht hervor, daß Kaiser Wilhelm seinerseits nicht abgeneigt war, das zu tun, was zur Liquidierung der Affäre geführt hätte. Fürst Bülow, der Reichskanzler, aber vertrat einen anderen Standpunkt. Es sei nicht zu wünschen, so führte er aus, „daß Frankreich durch eine rasche und eklatante Reparation von Dreyfus sich sofort wieder die liberale und jüdische Sympathie erwirbt. Am besten ist es, wenn die Affäre weiter schwärzt, die Armee zersetzt und Europa skandalisiert.“

So wurde die Rehabilitierung Dreyfus' auf Jahre hinaus verzögert. Das Rechtsprinzip und die Ehre eines unadeligen Ehrentmannes wurden der Staatsraison geopfert. Der Vortragende schloß mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß sich im neuen Deutschland in Fällen von Justizirrtümern und Justizmorden immer mutigere Leute finden mögen, die wie die französischen Vorkämpfer des Rechtes, die „Dreyfusards“, Leben, persönliche Wohlfahrt und Ansehen daransetzten, um der Wahrheit und dem Recht zum Siege zu verhelfen.

## Die große polnische Rabbi- und Rabbiner-Konferenz

Warschau. (JTA.) In den letzten Tagen wurde in Warschau eine Konferenz der jüdischen religiösen Führer aus ganz Polen abgehalten, der die weltberühmten Chassidim-Rabbis wie „Gerer Rebbe“, „Alexander Rebbe“, „Belzer Rebbe“ sowie zahlreiche beamtete Rabbiner der großen jüdischen Gemeinden Polens beiwohnten. Die Versammlung wurde geleitet von dem berühmten „Chofez Chajim“, dem Verfasser mehrerer von der Orthodoxie in der ganzen Welt als autoritativ anerkannter religiös-ethischer Schriften.

Eine Abordnung der Konferenz, bestehend aus dem „Chofez Chajim“, dem „Gerer Rebbe“, „Belzer Rebbe“ und „Alexander Rebbe“, Senator Mendelsohn und dem „Nassi“ des galizischen „Kolel“ David Schreiber aus Borislav begab sich zum Minister des Innern Jusewsky. Der Minister begrüßte die Mitglieder der Delegation sehr ehrerbietig und empfing den Segen des Chofez Chajim, der wegen seines hohen Alters von seinem Enkel Rabbi Eliezer Kaplan gestützt werden mußte. Die Rabbiner ersuchten den Minister um Aufhebung der Zwangssonntagsruhe, die so schwer die jüdische Bevölkerung bedrückt, insbesondere die Sabbat-Beobachter, die gezwungen sind, zwei Tage der Woche zu feiern. Minister Jusewsky erklärte, er werde sich bemühen, die Forderungen und Wünsche der Rabbinerkonferenz zu erfüllen.

Später begab sich die Konferenz zum Kultusminister Czerwinsky und übermittelte ihm die Forderungen der Konferenz hinsichtlich einer Regelung der Rabbineranstellung, der Bildung eines religiösen Oberrates, des Inkrafttretens des neuen Gemeindegesetzes, der Qualifikation für Lehrer an den religiösen Schulen u. a. m. Der greise Chofez Chajim sprach davon, daß er in dem für Polen unglücklichen Jahre 1863 mit großem Schmerz der Peinigung der unterlegenen Polen durch die Russen

beiwohnen mußte; jetzt danke er dem Schöpfer, daß er Polen aus den Händen der zaristischen Unterdrückung befreit hat. Die übrigen Mitglieder der Delegation brachten weitere einschneidende Fragen der jüdischen Religion zur Sprache. Minister Czerwinsky erklärte, er werde sich nach Kräften bemühen, die Wünsche der Rabbinerkonferenz zu erfüllen.

Ueber die Konferenz selbst ist zu berichten: Der Schwerpunkt der Arbeiten war in die Kommissionen verlegt. Es wurden Beschlüsse betreffend die Neuverordnung über Anstellung von Rabbinern, den für Rabbineranwälter geforderten Zensus an allgemeiner Bildung — wobei die Rabbiner nur die Forderung nach Beherrschung der polnischen Sprache in Wort und Schrift konzedieren wollen — gefaßt. Die Versammlung sprach sich einstimmig gegen den Plan aus, eine Kommission von 25 Rabbinern einzusetzen, die allein das Recht haben soll, „Smichah“ (Rabbiner-Zeugnis) zu erteilen; es müsse das Prinzip bestehen bleiben, daß das Kultusministerium sich in innere Angelegenheiten der Rabbinat nicht einzumischen habe. Das neue Gemeindegesetz müsse so gestaltet werden, daß eine Schmälerung des religiösen Charakters nicht Platz greife. Das in einigen Monaten in Kraft tretende Gesetz, wonach die „Melamidim“ (Leiter und Lehrer der „Chedarim“) und die Lehrer an den Talmud-Thora-Schulen über ein bestimmtes Maß allgemeiner Bildung verfügen müssen, wurde als unberechtigt und schädigend bezeichnet; es wurde darauf hingewiesen, daß bei Inkrafttreten des Gesetzes eine sehr große Zahl jüdischer religiöser Lehrer brotlos würde und zahlreiche Chedarim wegen Lehrermangels schließen müßten. Einstimmig wurde beschlossen, einen religiösen Oberrat für ganz Polen zu gründen, in dem alle Richtungen vertreten sein sollen.

Bresla  
auf der Br  
gung für  
Redner Ra  
stand der  
an die Ar  
grüßte den  
und legte i  
sprechen a  
stehen wer  
zu weisen.  
warten, da  
auch Gefol  
bisher in e  
für die Ru  
sie beispiel  
linien im S  
wegung ist  
einer versk  
sichert, sie v  
Aber es d  
übersehen  
so lange R  
man nicht  
dische Reli  
der Freiheit  
Rechtsan  
lin) schick  
zum libera  
Erfüllung  
in vierfach  
Judentums  
ist, daß ni  
Cohen, Fra  
wie Max  
Oppenheim  
heit der F  
liberalen V  
sagen ist, d  
Fragen der  
der Liberal  
zipien untr  
bewußtsein  
nicht gesch  
eine Lerng  
besteht in  
dung des V  
liberalen Z  
schen Zeitu  
in Palästina  
Gemeinden  
und dem  
mus ist tot  
Rabbiner  
die Ueberz  
uns, die in  
sprechunge  
Agency ha  
funden. M  
des nichtz  
Sie hätten  
des deutsch  
nicht der  
öffentlich  
anstaltet,  
men. Desl  
liberalen Z  
stets gewa  
Frau Pa  
gegen das  
Frauen in  
immer nu  
Wenn die  
Sabbat das  
Judentum  
sagen ihm  
Mitschüler  
Um die Ki  
muß das  
von libera  
Rabbin  
m. M.): Ich  
einigung li  
die vom V  
Rabbiner  
eine Gefol  
Vereinigung  
schriften  
Scheidungs  
nicht gesta  
Vereinigung  
in Posen  
haben, na  
ringwertig  
Juden. Da  
keine opf  
hier „Osch  
Lichtstrah